

# Tatsachen über Schweden

Herausgegeben vom Schwedischen Institut März 2002

Klassifizierung: TS 94 e Qadd

## Schweden in der Europäischen Union

*Am 1. Januar 1995 trat Schweden gemeinsam mit Finnland und Österreich der Europäischen Union (EU) bei. Mit diesem Beitritt wuchs die EU von 12 auf 15 Mitgliedstaaten an. Schweden befürwortet die Erweiterung der EU um die Länder Mittel- und Osteuropas, darunter auch die baltischen Staaten. Während des schwedischen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2001 konnte die Regierung mit der Festlegung eines Datums für den Beitritt der ersten neuen Länder einen politischen Durchbruch erzielen.*

*Größere Transparenz, stringenter Umweltbestimmungen und eine stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind weitere EU-Themen auf der Prioritätenliste Schwedens. Schweden nimmt jedoch nicht an der Währungsunion der EU teil. Über die Frage einer späteren Teilnahme an der Währungsunion wird in einem Referendum entschieden.*

### Der Weg zum Beitritt

Der Beitritt Schwedens zur EU ist der Höhepunkt einer langen Phase der wirtschaftlichen Integration und Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU. Das 1972 zwischen Schweden und der Europäischen Gemeinschaft (EG) geschlossene Freihandelsabkommen und der 1992 unterzeichnete Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) waren weitere wichtige Meilensteine auf dem Weg zum Beitritt.

Als Schweden schließlich das Beitrittsgesuch eingereicht hatte, war es nur noch eine Zeitfrage bis zur Mitgliedschaft. Nach dem Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 rief die Frage nach einem Beitritt zur EU (oder zur EG, wie sie vor dem Maastrichter Vertrag hieß) immer lebhaftere Debatten im ganzen Land hervor. Wegen der Konflikte zwischen den Supermächten, die Europa während des Kalten Krieges geteilt hatten, hatte Schweden früher einen Beitritt als nicht vereinbar mit seiner bestehenden Neutralitätspolitik angesehen.

Im Oktober 1990 kündigte die sozialdemokratische Regierung Schwedens in einer Erklärung an, einen Beitritt zur EU anzustreben. Im Juli 1991 reichte Ministerpräsident Ingvar Carlsson das Beitrittsgesuch Schwedens ein und im Februar 1993 wurden in Brüssel die Verhandlungen eingeleitet. Bereits 1992 hatten die Staats- und Regierungschefs auf den EU-Gipfeln von Lissabon und Edinburgh grünes Licht für die Erweiterung der Europäischen Union ohne größere institutionelle Reformen gegeben. Schweden würde als eines der neuen Mitglieder in der Union willkommen sein, hieß es damals.

Die Verhandlungen dauerten knapp ein Jahr. Am 30. März 1994 wurde zwischen Schweden und den Mitgliedstaaten der EU eine Übereinkunft erzielt. Der Beitrittsvertrag wurde im Sommer 1994 während des EU-Gipfels auf Korfu in Griechenland unterzeichnet. Schweden wurde durch den damaligen Ministerpräsidenten Carl Bildt vertreten.

Am 13. November 1994 wurde in einem landesweiten Referendum endgültig über die Frage eines schwedischen EU-Beitritts entschieden. 52,3% stimmten dafür, 46,8% waren dagegen und 0,9% gaben leere Stimmzettel ab. Die Beteiligung an der Volksabstimmung war hoch: 83% der gesamten Wählerschaft.

Das schwedische Volk hat damit einem Beitritt zugestimmt, am 15. Dezember 1994 traf dann das Parlament die formelle Entscheidung darüber. In der Zwischenzeit hatte nach den Wahlen im September ein Machtwechsel statt-

gefunden und Ingvar Carlsson war erneut Ministerpräsident. 1996 erklärte Ingvar Carlsson seinen Rücktritt, der damalige Finanzminister Göran Persson trat die Nachfolge als Ministerpräsident der sozialdemokratischen Regierung an.

Einer der Gründe für den relativ reibungslosen Ablauf der Beitrittsverhandlungen waren die umfangreichen Vorarbeiten für die bereits 1992 erfolgte Unterzeichnung des EWR-Vertrags. Dieses Abkommen zwischen der EU und den Mitgliedsländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA) regelte die meisten Bedingungen für eine schwedische Teilnahme am Binnenmarkt der EU. Wichtige Bereiche wie Landwirtschaft und regionale Entwicklung waren jedoch nicht Gegenstand des EWR-Vertrags und wurden erst in den Beitrittsverhandlungen behandelt.

Am 13. Juni 1999 fanden in Schweden zum zweiten Mal Europa-Wahlen statt. Für Schweden waren dies die ersten regulären Wahlen zum Europäischen Parlament. Schweden hatte erstmals am 17. September 1995 seine Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. 1999 betrug die Wahlbeteiligung 38,3% gegenüber 41,6% im Jahre 1995.

Mehrere Meinungsumfragen haben den Eindruck bestätigt, wonach in Schweden eine weit verbreitete Skepsis gegenüber der EU herrscht. Nun, da der erbitterte Kampf zwischen den Befürwortern und Gegnern der EU nach dem Referendum und den Europa-Wahlen vorüber ist, konzentriert sich die Debatte zunehmend auf die Gestaltung der zukünftigen europäischen Zusammenarbeit und eine mögliche Teilnahme Schwedens an der Währungsunion, auch dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) genannt.

### Eine modernere EU

Aus schwedischer Sicht kann die europäische Zusammenarbeit in einer Reihe von Punkten verbessert werden, insbesondere gilt dies für so wichtige Bereiche wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nachhaltige Entwicklung, effizientere Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität sowie größere Transparenz und Offenheit bei der Arbeit der EU. Schweden setzte sich aktiv für gewisse Vorschläge ein und stieß auf breite Zustimmung. In anderen Fragen wollte Schweden sogar noch weiter gehen. Schweden hat konsequent versucht, das Augenmerk der EU auf solche Belange zu lenken, die für den Bürger von Interesse sind, und nicht nur für Politiker und Entscheidungsträger.

Der Vertrag von Amsterdam, der im Mai 1999 in Kraft trat, und der im Dezember 2000 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Vertrag von Nizza sind wichtige und notwendige Schritte zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit. Der Amsterdamer Vertrag enthält Änderungen und Ergänzungen gegenüber dem 1957 geschlossenen EG-Vertrag (Römische Verträge) und dem EU-Vertrag von 1993 (Vertrag von Maastricht). Unter anderem wurden folgende Formulierungen aufgenommen:

- Stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU auf diesem Gebiet, wobei die Hauptverantwortung jedoch den einzelnen Mitgliedstaaten obliegt.
- Betonung der Umweltthemen in der EU-Arbeit. Aufnahme des Grundsatzes einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung in die grundlegenden Ziele der Europäischen Union.
- Ein übergreifendes Ziel der EU ist die größtmögliche Transparenz im Entscheidungsprozess. Alle Bürgerinnen und Bürger eines EU-Mitgliedstaats haben ein Recht auf Einsichtnahme in die Dokumente des Europäischen Parlaments, des Rats und der Kommission.
- Chancengleichheit als grundlegendes Ziel der EU.
- Verstärkte europäische Zusammenarbeit zwischen den Polizeiorganen im Rahmen der Europäischen Polizeibehörde (Europol).
- Effizientere Entscheidungsfindung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Weiterer Ausbau der humanitären und friedenserhaltenden Einsätze der EU.

Gleichzeitig ließ der Amsterdamer Vertrag wichtige Fragen ungelöst, dies gilt beispielsweise für die Machtverteilung und die Entscheidungsfindung in einer erweiterten EU mit fast doppelt so vielen Mitgliedern wie bisher. Aus diesem Grund einigte sich die EU auf eine neue Regierungskonferenz im Februar 2000. Diese Konferenz beendete ihre Aufgabe auf dem unter französischem Vorsitz im Dezember 2000 abgehaltenen Gipfel von Nizza. Der Vertrag von Nizza stellt eine notwendige Vorbedingung zur Vorbereitung der EU auf den Beitritt neuer Staaten dar. Der Vertrag, der vor seinem Inkrafttreten von den nationalen Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet werden muss, enthält Bestimmungen über die Machtverteilung und die Entscheidungsfindung in einer EU von bis zu 27 Mitgliedern:

### Stimmenverteilung im Rat

Auf die vier größten Länder entfallen jeweils 29 Stimmen, und auf die kleinsten drei Stimmen. Schweden erhält 10 von insgesamt 345 Stimmen im Ministerrat.

### Zusammensetzung der Kommission

Ab 1. Januar 2005 entsendet jedes Land einen Kommissar (gegenwärtig stellen die größten Länder zwei), bis die EU 27 Mitgliedstaaten zählt. Danach wird die Anzahl der Kommissare begrenzt, ihre Posten werden nach einem Rotationsprinzip auf gleichberechtigter Basis unter den Mitgliedstaaten vergeben.



## Sitze im Europäischen Parlament

Im Zuge der Erweiterung wird die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament von 626 auf 732 angehoben. Deutschland stellt mit 99 die meisten Abgeordneten. Die Anzahl der schwedischen Sitze wird von 22 auf 18 zurückgehen.

## Effizientere Entscheidungsfindung

In Zukunft werden die Entscheidungen in der EU mit qualifizierter Mehrheit anstatt wie bisher einstimmig erfolgen. Im Einklang mit dem schwedischen Vorschlag wird jedoch in Steuerangelegenheiten weiterhin einstimmig entschieden, das gleiche gilt auch für wichtige Fragen im außenpolitischen Bereich.

## Engere Zusammenarbeit

Mindestens acht Mitgliedstaaten können unter gewissen, streng definierten Umständen eine enge Zusammenarbeit einleiten. Dies gilt jedoch nicht für grundsätzliche Fragen im Rahmen der GASP oder bei Fragen von militärischer Tragweite.

## Neue Regierungskonferenz

Eine neue Regierungskonferenz wird 2004 unter anderem die Aufgabenverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie die Rolle der nationalen Parlamente in der EU überprüfen.

In einer Erklärung zum Vertrag von Nizza wurde festgestellt, dass Schweden und Belgien — das nach Schweden den EU-Vorsitz führte — in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament im Vorfeld der Konferenz von 2004 eine breite, umfassende Diskussion über die Entwicklung in der EU anregen sollten. Ein erster Bericht dazu wurde im Juni 2001 auf dem EU-Gipfel von Göteborg vorgestellt.

## EU-Gipfel

Ab 2002 wird die Hälfte der jährlich stattfindenden Ratstagungen (EU-Gipfel) in Brüssel stattfinden. Wenn die EU mehr als 17 Mitglieder zählt, werden alle Gipfel in Brüssel abgehalten.

## Schweden und...

### ...die Erweiterung der EU

Als Mitglied der EU hat Schweden aktiv die Frage der Erweiterung vorangetrieben, die auch die baltischen Staaten und weitere Länder Mittel- und Osteuropas umfassen soll. Die Erweiterung ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung eines geeinten Europas ohne Trennungslinien und dient der Unterstützung und Sicherung des Friedens, der Demokratie und des wirtschaftlichen und politischen Reformprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

1998 wurden die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, der tschechischen Republik, Estland,

Ungarn, Polen und Slowenien aufgenommen. Nach dem EU-Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 wurden formell Beitrittsverhandlungen mit weiteren sechs Staaten — Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei eingeleitet. In Helsinki wurde auch der historische Beschluss gefasst, die Türkei als Kandidat für einen späteren Beitritt zur EU anzuerkennen.

Das Beitrittsverfahren sieht zunächst eine Überprüfung der gemeinsamen Bestimmungen der EU gegenüber jedem einzelnen Staat durch die Kommission vor. Parallel dazu finden Verhandlungen über die Anträge der Beitrittskandidaten auf Ausnahme- und Übergangsregeln statt. Die Verhandlungen werden mit dem jeweiligen Beitrittsland und den EU-Mitgliedstaaten geführt. Auf dem EU-Gipfel von Göteborg im Juni 2001 wurde beschlossen, dass die Verhandlungen mit denjenigen Kandidaten, die am weitesten gekommen sind, bereits 2002 zu Ende geführt werden. Diese Länder könnten dann bereits 2004 als EU-Mitglied an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen.

Im Laufe des Erweiterungsprozesses hat Schweden daran festgehalten, dass die Verhandlungen mit den beitragswilligen Ländern gleichzeitig eingeleitet und nach Abschluss der Verhandlungen mit dem jeweiligen Land sukzessiv zu Ende geführt werden. Der letzte Schritt des Beitrittsverfahrens wird jedoch von den Ergebnissen der Verhandlungen mit jedem Beitrittskandidaten bestimmt. Jedes Land muss die Beitrittskriterien von sich aus erfüllen können.

### ...die Wirtschafts- und Währungsunion

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro als gemeinsame Währung in elf EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Etwa ein Jahr zuvor, im Dezember 1997, verabschiedete das schwedische Parlament eine Erklärung, wonach Schweden nicht von Anfang an der Währungsunion beitreten werde — doch diese Erklärung lässt die Möglichkeit eines späteren Beitritts offen. Die vier EU-Länder, die nicht an der Währungsunion teilnahmen, waren Dänemark, Großbritannien, Griechenland und Schweden. Griechenland trat am 1. Januar 2001 der Währungsunion bei. Am 1. Januar 2002 wurden die nationalen Währungen aller teilnehmenden Länder in einer Übergangsphase durch Euro-Banknoten und Münzen ersetzt.

Während der Beitrittsverhandlungen 1993–94 hatte Schweden erklärt, dass das Parlament in einer getrennten Abstimmung über einen Beitritt zur WWU befinden würde. Als Begründung wurde unter anderem die mangelnde Unterstützung des Beitritts zu der dritten Stufe der WWU in der schwedischen Bevölkerung angeführt. Schweden nahm an den ersten beiden Stufen der WWU, einschließlich einer engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik

und der Einrichtung eines Europäischen Währungsinstituts, als Vollmitglied teil. Die schwedische Regierung strebt eine starke Volkswirtschaft an, um die Kriterien für eine Teilnahme Schwedens an der Währungsunion erfüllen zu können.

Die regierenden Sozialdemokraten sprachen sich auf einem Sonderparteitag im März 2000 für eine schwedische Teilnahme an der Währungsunion aus. Nach Aussage des Ministerpräsidenten Göran Persson ist die WWU der beste Schutz, den ein Land gegen die wachsenden globalen Kräfte auf dem Markt haben kann. Der Parteitag verabschiedete ferner eine EntschlieÙung, wonach über eine schwedische Teilnahme an der Währungsunion in einem Referendum entschieden wird. Ein Zeitpunkt für die Volksabstimmung wurde hingegen noch nicht genannt.

Eine spätere Teilnahme an der Währungsunion ist möglich, da Schweden die nachfolgend aufgeführten Kriterien für eine Teilnahme erfüllt: ausgewogene Staatsfinanzen, geringer Verschuldungsgrad, stabile Preise, stabiler Wechselkurs sowie niedrige Zinsen.

### ...Zusammenarbeit im Ostseeraum

Da Schweden und Finnland der Europäischen Union beigetreten sind, kommt der EU eine bedeutende Rolle im Ostseeraum zu. Diese Region mit ihren 50 Millionen Einwohnern verbindet eine lange gemeinsame Geschichte. Innerhalb der EU strebt Schweden eine erweiterte regionale Zusammenarbeit mit den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen an, sowie mit Nordwestrussland und dem Ostseeraum als Ganzes. Schwedens Anliegen ist die Sicherung der Demokratie und Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Bereits in ihrem Streben nach Unabhängigkeit von der damaligen Sowjetunion hatte Schweden diese Länder unterstützt. Nun unterstützt Schweden auch deutlich den Wunsch der baltischen Staaten, in die EU-Zusammenarbeit einbezogen zu werden mit der Aussicht auf einen späteren Beitritt.

Einigen Analysen zur Folge werden die Ostseeanrainerstaaten, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, in den nächsten Jahren zu den dynamischsten Regionen Europas gehören. Dies dient auch der Ankurbelung der Wirtschaft innerhalb der gesamten EU. Die schwedische Wirtschaft gehört in diesem Prozess zu den wichtigsten Katalysatoren.

Schweden beabsichtigt auch eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den anderen nordischen Ländern wie Dänemark, Finnland, Island und Norwegen. Obwohl Norwegen und Island nicht der EU angehören, wird die nordische Dimension auf kultureller und geschichtlicher Ebene fortbestehen und in den wichtigsten sozialen Fragen von einem gemeinsamen Ansatz getragen.

Die Bindung Schwedens an Europa und das langjährige Engagement in globalen Entwicklungsfragen und in der UNO stehen keineswegs im Widerspruch zueinander.

### ...die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Schweden nimmt als Vollmitglied an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU teil und beeinflusst aktiv ihre Ausrichtung in vielen Bereichen. Dies gilt beispielsweise für die Zusammenarbeit der EU mit Russland und den baltischen Staaten, die EU-Politik für den Ostseeraum, die Achtung der Menschenrechte und das Demokratisierungsbestreben weiterer Länder.

Die traditionelle militärische Bündnisfreiheit Schwedens setzt der Zusammenarbeit auf dem

Die Wahlen zum schwedischen Reichstag 1998 und zum Europäischen Parlament 1999

Partei	% Reichstagswahlen, 1998	% EU-Wahlen, 1999	Mandate im Europ. Parlament
Linkspartei	12,0	15,8	3
Sozialdemokraten	36,4	26,0	6
Grüne	4,5	9,5	2
Zentrumspartei	5,1	6,0	1
Liberale Partei	4,7	13,9	3
Christdemokraten	11,8	7,6	2
Moderate Sammlungspartei	22,9	20,7	5

### Das schwedische EU-Abkommen

#### *Vertretung in den EU-Organen*

Schweden erhält vier Stimmen im Ministerrat, 22 Sitze im Europäischen Parlament und stellt ein Mitglied der Kommission. Schweden ernennt auch einen Richter am Europäischen Gerichtshof und hat jeweils zwölf Mitglieder im Wirtschafts- und Sozialausschuss und im Ausschuss der Regionen. Schwedisch ist eine der Amtssprachen der EU.

#### *EU-Haushalt*

Der Beitrag Schwedens am gemeinsamen Haushalt der EU erfolgt proportionell zur Größe des Landes. Der Bruttobeitrag Schwedens an den Haushalt — ohne Einbeziehung der eventuell nach Schweden zurückfließenden Mittel — wird auf jährlich 20 Milliarden SEK geschätzt. Dies entspricht 4% der Staatsausgaben.

Schweden hat jedoch gefordert und erreicht, dass während der ersten vier Jahre ein reduzierter Beitrag gezahlt wurde. Dieses „Phasing-in“ hat sich 1995–99 auf 9 Milliarden SEK belaufen. Schweden wird ein beträchtlicher Nettobeitragszahler der EU werden. Der jährliche Nettobeitrag beträgt etwa 12 Milliarden SEK.

#### *Umweltpolitik*

Während der Verhandlungen war eine wichtige Forderung Schwedens, nicht seine Umweltstandards in den Bereichen senken zu müssen, in denen es strengere Vorschriften als die EU hat. Das Ergebnis zeigte, dass Schweden sehr wohl seine Vorschriften beibehalten kann, bis eine europäische Annäherung an die schwedischen Standards erfolgt ist. In der Zwischenzeit nahm die EU eine Überprüfung ihrer Umweltbestimmungen vor, darunter auch die Vorschriften über Kadmium, Arsenik und verschiedene Chemikalien. Generell wurde in den meisten Bereichen von der Übergangsphase Gebrauch gemacht, um Änderungen in den EU-Bestimmungen herbeizuführen oder entsprechend in die Wege zu leiten.

Schweden hat die EU-Verordnungen zur Schadstoffemission von Kraftfahrzeugen angenommen, hält jedoch besondere Standards aufrecht. Die Hersteller werden weiterhin für die Zusage verantwortlich sein, dass ihre Fahrzeuge den Anforderungen der Schadstoffemissionskontrolle entsprechen. Als Ergebnis des Abkommens mit der EU hat Schweden auch die technischen Bedingungen für die Steuernachlässe bei umweltfreundlichen Fahrzeugen geändert.

#### *Regionaler Entwicklungsfond*

Für Schweden war es wichtig, dass die EU kalte und dünnbesiedelte Gebiete Nordeuropas als empfangsberechtigt für Beiträge aus dem regionalen Entwicklungsfond anerkennt. Als Ergebnis der Verhandlungen führt die EU eine neue Art der Regionalhilfe für die Regionen ein, deren Bevölkerungsdichte unter 8 Einwohner pro km<sup>2</sup> liegt. Fast die Hälfte Schwedens — der nördliche und westliche Teil — sind deshalb berechtigt, diese besondere Beihilfe der EU zu empfangen.

Darüberhinaus steht Schweden auch ein Teil der herkömmlichen Regionalbeihilfe der EU zu. Diese Beihilfen sind hauptsächlich an weniger begünstigte, dünn besiedelte Gebiete des Landes gegangen.

#### *Bündnisfreiheit*

Als EU-Mitglied wird Schweden seine Bündnisfreiheit beibehalten. Deshalb wird keine schwedische Beteiligung an zukünftigen Verteidigungsbündnissen im Rahmen der EU in Erwägung gezogen. Dies war eine Bedingung Schwedens in den Beitrittsverhandlungen. Schweden unterstützt jedoch die Bemühungen zur Stärkung der EU-Kapazität in den Bereichen Konfliktprävention sowie ziviles und militärisches Krisenmanagement.

#### *Landwirtschaft*

Grundsätzlich ist Schweden bei fast allen landwirtschaftlichen Produkten selbstversorgend. Da die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu den am stärksten geregelten und kostspieligsten Bereichen des EU-Systems gehört, war es bei den Verhandlungen für Schweden wesentlich, das Überleben seines Agrarsektors zu sichern. Das Abkommen Schwedens mit der EU garantiert, dass die Leistung auf dem gleichen Niveau bleiben wird wie vor dem EU-Beitritt.

Schweden unterstützt Pläne zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die weniger Verordnungen und Beihilfen zum Ziel hat. Langfristig müssen die Märkte der EU sich mehr den Agrarerzeugnissen anderer Länder öffnen, vor allem denjenigen europäischen Länder, die nicht der EU angehören.

In der schwedischen Landwirtschaft besteht ein Trend zum Abbau des Gebrauchs von giftigen Chemikalien und Pestiziden, um den Anforderungen der Verbraucher zu entsprechen. Schweden ist es auch gelungen, Salmonellen von seinen Hühnerfarmen fernzuhalten. Schweden erhielt das Recht, die Kontrollen bei der Einfuhr von Hühnern und weiteren Produkten fortzusetzen, um einer Infektion mit der Salmonella-Bakterie vorzubeugen. Schweden wird auch sein Verbot von antibiotischen Zusätzen in Tierfutter beibehalten.

Schweden verfügt, vor allem in der Ostsee, über eine bedeutende Fischereindustrie. Dem Land wurden Quoten zugesichert, die eine Aufrechterhaltung des bestehenden Anteils am Ostseefischfang garantieren. Als Ergebnis der Beitrittsverhandlungen wurden die Tarife für schwedische Meeresfrüchte abgeschafft, was besonders der einheimischen Fischereindustrie zugute kommt.

#### *Offenheit, Recht zum Gemeingebrauch und „Feuchttabak“*

Gleich anderen EU-Ländern hat auch Schweden eine Reihe von Traditionen, Bräuche und besondere kulturelle Eigenarten, die es bei einem EU-Beitritt nicht aufgeben möchte. Die weitverbreitete Sitte, Feuchttabak zu nehmen (d.h. rauchloser Tabak, der unter die Oberlippe geschoben wird) ist deshalb weiterhin erlaubt, selbst wenn das Produkt in den anderen EU-Ländern verboten ist.

Seit alters her steht es den Schweden zu, sich in den Wäldern und Feldern ihres weiten Landes frei zu bewegen. Dieses Gewohnheitsrecht des freien Zugangs zur Natur gilt für jedermann in Schweden — einschließlich Touristen und andere Besucher. Doch es gibt auch eine entsprechende Verpflichtung zur Respektierung der Natur und des Grundstücksbesitzers, nämlich weder zu stören noch die Umwelt zu verschmutzen. Dieses Recht hat sich durch den EU-Beitritt nicht verändert.

Die schwedische Verfassung ermöglicht ihren Bürgern auch einen breiten Zugang zu Informationen im öffentlichen Sektor. Jeder hat ein Recht auf Einsichtnahme von öffentlichen Unterlagen und Akten der Regierungsbehörden. Schweden hält auch als EU-Mitglied weiter an diesem „Grundsatz der Öffentlichkeit“ fest. Es befürwortet auch eine größere Offenheit in der EU und einen einfacheren Zugang der Bürger zu Informationen im Zusammenhang mit dem Entscheidungsprozess der EU.

#### *Systembolaget*

Eine der für Schweden wichtigen Fragen während der Beitrittsverhandlungen war das Recht auf Beibehaltung der Systembolaget, einer staatlichen Gesellschaft mit Monopol beim Verkauf von Starkbier, Wein und Spirituosen an die Bevölkerung. Schweden konnte die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der EU von der Beibehaltung des Monopols der Systembolaget für den Verkauf alkoholischer Getränke an die Allgemeinheit überzeugen. In der Zwischenzeit ist das frühere staatliche Monopol bei der Einfuhr von alkoholischen Getränken abgeschafft worden. Heute ist die Einfuhr alkoholischer Getränke uneingeschränkt erlaubt, doch muss der Verkauf durch Systembolaget erfolgen.

Das Monopol der Systembolaget war Auslöser eines Rechtsstreits, der vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg ausgetragen wurde. Der EuGH erklärte in seinem Urteil, dass dieses Monopol nicht gegen die Vorschriften der EU verstößt. Wenn das Monopol weiterhin ein breiteres Sortiment alkoholischer Getränke anbietet und nicht einzelne Erzeuger diskriminiert, kann Systembolaget weiterbestehen. Das Hauptmotiv Schwedens für die Beibehaltung des Monopols ist die Volksgesundheit, weshalb der Verkauf von alkoholischen Getränken unter die schwedische Gesetzgebung fällt.





Gebiet der Verteidigung deutliche Grenzen. Schweden tritt jedoch für eine Teilnahme an der Entwicklung gemeinsamer europäischer Bemühungen zur Friedenserhaltung und auf humanitärer Ebene ein.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist ein freiwilliges Übereinkommen souveräner Staaten. Dank einer schwedisch-finnischen Initiative enthält der Vertrag von Amsterdam Bestimmungen, wonach die EU mit humanitären, friedenserhaltenden und friedensschaffenden Bemühungen — auch als „Petersberger Aufgaben“ bekannt — nun besser für eine Krisenprävention in anderen Ländern gerüstet ist. Dazu können auch Waffenstillstand oder Einsätze zur Wiederherstellung des Friedens nach einem bewaffneten Konflikt gehören. Weitere Aufgabenbereiche können die Bereitstellung humanitärer Hilfe, Evakuierungsmaßnahmen bei Flüchtlingskrisen oder Naturkatastrophen sein.

Die EU-Mitgliedstaaten haben seitdem wesentliche Schritte zur Verbesserung ihrer Kapazitäten auf den Gebieten Krisenprävention und ziviles und militärisches Krisenmanagement unternommen.

### ...das Schengener Abkommen

Das Schengener Abkommen basiert auf zwei wesentlichen Begriffen: Freizügigkeit von Personen innerhalb der EU sowie eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Nach diesem Abkommen soll das Reisen zwischen den Schengen-Ländern ohne Grenzkontrollen möglich sein. Die Kontrolle soll stattdessen an den Außengrenzen der Schengen-Länder erfolgen.

Die Zahl der am Schengener Abkommen teilnehmenden Länder ist sukzessiv angestiegen und beträgt nun fünfzehn. Alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Großbritannien und Irland nehmen an der Schengen-Zusammenarbeit teil. Zur Aufrechterhaltung der bestehenden nordischen Passfreiheit haben sich auch Norwegen und Island der Schengen-Zusammenarbeit angeschlossen.

Das Schengener Abkommen war ursprünglich außerhalb der EU-Bestimmungen angesiedelt. Doch mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags wurde das Schengener Abkommen Bestandteil der EU. Seit 25. März 2001 ist Schweden operatives Mitglied von Schengen.

### ...größere Transparenz in der EU

Die Transparenz ist ein besonderes Anliegen Schwedens bei der Arbeit in der EU und wurde während des schwedischen EU-Vorsitzes energisch vorangetrieben. Gegen Ende der schwedischen Präsidentschaft verabschiedete die EU im Einklang mit dem Amsterdamer Vertrag neue Bestimmungen bezüglich der Offenheit ihrer Tätigkeit. Diese neuen Bestimmungen gelten für alle Kategorien von Dokumenten und dürfen die nationale Gesetzgebung der Mitgliedstaaten keineswegs beeinträchtigen.

### Die schwedische EU-Präsidentschaft

Am 1. Januar 2001 übernahm Schweden zum ersten Mal den Vorsitz im Ministerrat (oder Europäischer Rat), dem höchsten Entscheidungsgremium in der EU. Während eines Zeitraums von sechs Monaten plante und leitete Schweden die Ratssitzungen auf den verschiedenen Ebenen. Als Ratsvorsitzender war Schweden das offizielle Gesicht der Europäischen Union und vertrat diese in den Beziehungen zu Drittstaaten und auf internationalen Foren. Während des schwedischen Vorsitzes fanden zwei Gipfeltreffen statt: in Stockholm am 23.–24. März, und in Göteborg am 15.–16. Juni.

Bei der Vorbereitung auf die sechs Monate andauernde Präsidentschaft hat die schwedische Regierung den Schwerpunkt auf drei wichtige Prioritäten gelegt: EU-Erweiterung, Einsatz für die Vollbeschäftigung in der EU und stärkere Einbindung der Umweltaspekte in die europäische Zusammenarbeit.

Die schwedische Regierung strebte einen guten, effizienten und ergebnisorientierten Vorsitz an, der die Tagesordnung der EU voranbringen sollte. Offenheit und Transparenz sollten sich durch die gesamte Tätigkeit der Präsidentschaft ziehen. Die von der schwedischen Regierung im EU-Zusammenhang normalerweise betonten Schwerpunkte sollten das Profil Schwedens im ersten Halbjahr 2001 prägen. In mehreren Bereichen konnten wichtige Ergebnisse erzielt werden:

#### EU-Erweiterung

Auf dem Gipfel von Göteborg einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU darauf, dass die Verhandlungen mit denjenigen Kandidaten, die am weitesten gekommen sind, bereits 2002 zu Ende geführt werden. Diese Länder könnten dann bereits 2004 als EU-Mitglied an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Während der schwedischen Präsidentschaft konnte die EU auch in einer Reihe von schwierigen Themen wie Mobilität von Arbeitnehmern, Umwelt und Grundstückserwerb eine Lösung erzielen.

#### Beschäftigung

Auf dem Gipfel von Stockholm im März 2001 wurde ein neues Beschäftigungsziel verabschiedet. Mindestens 50% aller 55-Jährigen und älteren Personen sollten demzufolge bis 2010 eine Arbeit haben (gegenüber heute 38%). Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsumwelt, zur Anhebung der Qualifizierung, zur Stärkung der Chancengleichheit und Verbesserung der Arbeitsorganisation hofft die EU, auch eine Verbesserung der „Arbeitsqualität“ zu erzielen. Auf dem Stockholmer Gipfel diskutierten die Staats- und Regierungschefs ferner erstmals die demographische Entwicklung.

#### Umwelt

Der Gipfel von Göteborg verabschiedete eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung, d. h. die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen

Auswirkungen einer Entscheidung sollen vor ihrer Beschlussfassung untersucht werden. Der Gipfel verabschiedete ferner konkrete Umweltziele bezüglich des Verkehrs, natürlicher Ressourcen und weiterer Bereiche.

#### Transparenz

Während der schwedischen Präsidentschaft einigte sich die EU auf neue Bestimmungen zur Transparenz, die für alle Kategorien von Dokumenten gelten sollen und das Führen von öffentlichen Registern für alle eingehenden Dokumente vorschreiben.

#### Außenpolitik

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland wurden unter anderem durch eine intensivere Zusammenarbeit im Umweltbereich, in Wirtschafts- und Handelsfragen sowie mit einer Diskussion über eine zukünftige Mitgliedschaft Russlands in der Welthandelsorganisation (WTO) weiter ausgebaut.

Während des schwedischen Vorsitzes wurde die EU auch in die Lösung des Nahost-Konflikts einbezogen und sprach unter anderem ihre breite Unterstützung für die Schlussfolgerungen des Mitchell-Berichts aus, der eine Beendigung aller Gewalttaten und ein Einfrieren der israelischen Siedlungspolitik fordert.

Auch den Beziehungen zwischen der EU und der neuen amerikanischen Regierung unter Leitung von Präsident George W. Bush wurde große Priorität eingeräumt. In Göteborg einigten sich EU und die USA auf eine Plattform, die eine neue Runde multilateraler WTO-Verhandlungen ermöglichen wird. Man einigte sich ferner auf die Verfolgung einer gemeinsamen politischen Linie zur Förderung des Friedens im Nahen Osten.

Im Frühjahr 2001 besuchte eine EU-Delegation unter Leitung von Göran Persson die koreanische Halbinsel. Während ihres Besuchs in Nordkorea erklärte sich Kim Jong Il zur Aufnahme eines Dialogs mit der EU über Menschenrechte und zur Diskussion über den Bedarf Nordkoreas an Wirtschaftsreformen und die notwendigen Voraussetzungen für humanitäre Hilfe bereit.

Während der schwedischen Präsidentschaft formulierte die EU ferner eine kohärente Politik bezüglich der Entwicklungen auf dem westlichen Balkan.

#### Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die EU verabschiedete unter schwedischem Vorsitz eine intensivere Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in den Bereichen militärisches und ziviles Krisenmanagement. Es wurden ferner konkrete Ziele für die Umsetzung des zivilen Krisenmanagements aufgestellt, dazu gehört auch die Kapazität, kurzfristig 2 000 Personen für Rettungseinsätze und 1 000 Polizisten abrufen zu können.

1 SEK = 0,10 EUR bzw. 0,15 CHF (Dezember 2001)

Das Schwedische Institut (SI) ist eine staatliche Einrichtung mit dem Auftrag, im Ausland über Schweden zu informieren. Es gibt in zahlreichen Sprachen eine breite Palette von Veröffentlichungen über verschiedene Aspekte der schwedischen Gesellschaft heraus.

Dieser Tatsachenbericht ist Teil des Informationsdienstes des SI und darf unter Angabe der Quelle als Hintergrundinformation verwendet werden.

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Schwedische Botschaft bzw. das Schwedische Konsulat in Ihrem Land, oder das Schwedische Institut: Box 7434, SE-103 91 Stockholm, Schweden. Besuchsadresse: Sverigehuset (Schweden-Haus), Hamngatan/Kungsträdgården, Stockholm. Tel: + 46-8-789 20 00 Fax: + 46-8-20 72 48 E-mail: order@si.se Internet: www.si.se

